

Rede des Regierenden Bürgermeisters Willy Brandt bei der Kundgebung vor dem Rathaus Schöneberg gegen den Mauerbau, 16. August 1961

Berlinerinnen, Berliner! Wieder einmal haben wir die Menschen dieser Stadt zusammengerufen. Das geschieht heute in einer Lage, die ungleich schwerer ist als jemals in den Jahren seit der Blockade. Die Berliner haben ein Recht darauf, zu wissen, wie die Lage tatsächlich ist. Und die Menschen in dieser Stadt sind stark genug für die Wahrheit!

Die Sowjetunion hat ihrem Kettenhund Ulbricht ein Stück Leine gelassen. Sie hat ihm gestattet, seine Truppen einmarschieren zu lassen in den Ostsektor dieser Stadt. Sie, die Sowjetunion, hat ihrem Kettenhund die Vollmacht gegeben, internationales Recht zu brechen. Die Panzer, die in Stellung gebracht wurden, um die Massenflucht aus der Zone zu stoppen, diese Panzer haben unter ihren Ketten den gültigen Viermächtestatus Gesamtberlins zermahlen. Ein Regime des Unrechts hat ein neues Unrecht begangen, das größer ist als alles zuvor! Die Verantwortung dafür trägt der Osten! Er trägt die volle Verantwortung für das, was sich daraus ergeben mag. Aber mit dieser Feststellung können wir uns nicht begnügen. Das Ergebnis eines schreienden Protestes kann nicht ein papierener Protest sein!

Der Protest der drei westlichen Kommandanten war gut, aber dabei allein darf es nicht bleiben! Wir haben am Sonntag zur Besonnenheit aufrufen müssen, weil alles andere unverantwortlich gewesen wäre und zusätzliches Unglück verursacht hätte. Wenn unsere Polizei an der Sektorengrenze für Ordnung sorgt, so tut sie das nicht, weil ihr diese schreckliche Grenzziehung Spaß macht, sondern, weil sie dazu da ist, Blutvergießen zu verhindern. Das gilt auch heute. Aber eines möchte ich doch völlig klarmachen: Unsere Mahnung war und ist kein Vorwand für Gleichgültigkeit! Keiner von uns und keiner in der Welt kann gleichgültig sein! Keinem von uns kann gleichgültig sein, was in der Zone und was im Sektor passiert. Es beschäftigt uns jeden Tag, jeden Augenblick, und immer wieder quält uns die Frage, quält alle hier auf dem Rudolf-Wilde-Platz die bohrende Frage: Was können wir noch tun, um die Entwicklung beeinflussen zu helfen? Was können wir tun, damit trotz dieses tiefen Einschnitts das Buch nicht zugeschlagen wird, jenes Buch nämlich, das von der Wiederherstellung der deutschen Einheit handelt und vom Selbstbestimmungsrecht für Deutschland und für Europa!

Besonnenheit heißt nicht und darf nicht heißen „Untätigkeit“! Ich habe die Aufgabe, dem Volk von Berlin heute nüchtern und sachlich und wahrheitsgemäß zu berichten, was wir im Rahmen unserer begrenzten Möglichkeiten getan haben, worum wir uns anderen gegenüber bemüht haben und worum wir uns weiterhin bemühen. Ich verzichte darauf, von Versäumnissen der hinter uns liegenden Jahre, Monate und Wochen zu sprechen, aber ich sage Ihnen: Nicht ohne Bitterkeit denke ich daran!

Dieses unser großes Zusammentreffen, diese Kundgebung der Berlinerinnen und Berliner hat eine große Aufgabe! Wir müssen heute die Sprecher sein für unsere Landsleute, die nicht mehr sprechen können und die bis auf weiteres nicht mehr zu uns kommen können. Wir haben zu zeigen, daß die Berliner dieser schwierigen Situation gewachsen sind!

Wir haben weiterhin das Recht, heute unseren Landsleuten in Westdeutschland zu sagen, was das Gebot der Stunde ist! Und wir haben schließlich die Pflicht, unseren Freunden in der westlichen Welt unsere Meinung mit der Offenheit zu sagen, wie das unter Freunden erforderlich ist. Unsere Landsleute hinter dem Stacheldraht, hinter den Betonpfählen und hinter den Panzern, unsere Landsleute in der Zone, die heute bewacht werden von den Truppen der Roten Armee, damit sie nicht zeigen können, was sie wollen, unsere Landsleute, sie blicken heute in dieser Stunde hierher. Wir wissen, welcher Haß, welche Bitterkeit, welche Verzweiflung heute und in diesen Tagen in ihren Herzen wohnt. Wir wissen, daß nur die Panzer sie zurückhalten, ihrer Empörung freien Lauf zu lassen!

Niemand wird sie mißverstehen, niemand wird ihre Meinung und ihren Willen bezweifeln. Sie, unsere Mitbürger im Sektor und unsere Landsleute in der Zone, sie tragen in diesen Tagen die schwerste Last. Ich wende mich, ebenso wie mein Kollege Franz Amrehn, in dieser Stunde ganz bewußt auch an die Landsleute, die in den Behörden und in den Organisationen des Zonenregimes tätig sind, ich wende mich besonders an diejenigen, die zum Dienst in den militärischen Formationen des Zonenregimes verpflichtet worden sind, in der sogenannten Volkspolizei, in der sogenannten Volksarmee, in den sogenannten Betriebskampfgruppen. Wir verstehen alle, was es bedeutet, in die Disziplin militärischer Einheiten eines Zwangsregimes eingeordnet zu sein, aber wir müssen auch alle wissen, daß es für den einzelnen eine Stimme des Gewissens gibt, die er nicht überhören darf, wenn er nicht bösen Schaden nehmen will! Deshalb mein Aufruf,

mein Appell an alle Funktionäre des Zonenregimes, an alle Offiziere und Mannschaften der militärischen und halbmilitärischen Einheiten: Laßt euch nicht zu Lumpen machen! Zeigt menschliches Verhalten, wo immer es möglich ist, und vor allem, schießt vor allem nicht auf eure eigenen Landsleute!

Wir können den Mitbürgern im Sektor und den Landsleuten in der Zone in diesen Tagen nicht ihre Last abnehmen, und das ist heute das Bitterste für uns! Wir können sie ihnen nur mittragen helfen, indem wir ihnen zeigen, daß wir uns der Stunde gewachsen zeigen! Sie fragen, ob wir sie jetzt abschreiben. Darauf gibt es nur die Antwort: Nein, niemals! Sie fragen uns, ob wir sie jetzt verraten werden, und auch darauf gibt es nur die Antwort: Nein, niemals!

Die deutsche Hauptstadt hat aber auch unseren Landsleuten in Westdeutschland in aller Offenheit die Wahrheit zu sagen. Sie müssen wissen, daß am vergangenen Sonntag ein neuer Abschnitt der deutschen Nachkriegsgeschichte begonnen hat. Sie müssen wissen, daß die Herausforderung des deutschen Volkes durch die Sowjetunion in ein akutes Stadium getreten ist. Sie müssen wissen, daß es seit dem vergangenen Sonntag nicht allein um die Zone geht, nicht allein um den Ostsektor, nicht allein um Westdeutschland, auch nicht allein um Deutschland, sondern vielmehr darum, ob die westliche Gemeinschaft zerbrochen werden kann! Der Hebel dazu soll sein, die Moral des deutschen Volkes zu brechen. Unzählige Menschen in beiden Teilen Deutschlands und in beiden Teilen Berlins fragen sich in diesen Tagen und müssen sich fragen: Was ist aus dem Wiedervereinigungsbemühen der hinter uns liegenden Jahre geworden? Was ist aus den Wiedervereinigungsbestimmungen unseres Grundgesetzes und des Deutschlandvertrages geworden und aus dem Wiedervereinigungsgebot des Bundesverfassungsgerichts? Alle Verantwortlichen, wo immer sie stehen, werden den Mut und die Kraft zur vollen Wahrheit haben müssen, damit unser Volk weiß, wo wir stehen und wie es weitergehen soll!

Unser Volk tritt in eine Bewährungsprobe ein, in die eigentliche Bewährungsprobe, vor der alles, was bisher in diesen vergangenen Jahren geschehen ist, zu einem Nichts wird! Unser Volk wird jetzt von der Geschichte gewogen, und wehe uns, wenn wir durch Gleichgültigkeit, durch Bequemlichkeit, durch Trägheit oder durch moralische Schwäche diese Probe nicht bestehen! Dann nämlich werden die Kommunisten nicht am Brandenburger Tor haltmachen. Dann werden sie auch nicht an der Zonengrenze stehenbleiben und auch nicht am Rhein.

Wir, die Berliner, erwarten auch von unseren Landsleuten in Westdeutschland, daß sie sich dieser Situation gewachsen und würdig erweisen. Für West-Berlin selbst haben Senat und Abgeordnetenhaus die Maßnahmen getroffen, die im Interesse der öffentlichen Ordnung und eines ungestörten Wirtschaftslebens erforderlich sind. Der Bundesregierung und den Alliierten haben wir dargelegt, was unserer Meinung nach erforderlich ist, um auf den Rechtsbruch vom 13. August nachdrücklich und unmißverständlich zu reagieren! Heute morgen ist der Oberkommandierende der amerikanischen Streitkräfte in Europa, dem auch die amerikanische Garnison in unserer Stadt untersteht, nach Berlin gekommen. Wir haben die Lage besprochen und ich habe ihm selbst gezeigt, wie es heute wirklich aussieht in unserer Stadt und was die Betonpfähle, die Mauern und die Drahtverhaue entlang der Sektorengrenze für uns bedeuten. Morgen und übermorgen werden wir die Möglichkeit haben, an Ort und Stelle den Botschaftern Frankreichs, Großbritanniens, der USA, die hierhergekommen sind, unsere Auffassung, die Meinung der ganzen Berliner Bevölkerung eingehend und mit allem gebotenen Ernst darzulegen. Ich bitte unsere Landsleute in der Bundesrepublik und unsere Freunde in der freien Welt darum, daß jetzt erst recht Aufträge nach Berlin vergeben werden und daß die Verbindungen zwischen der Bundesrepublik und dem freiheitlichen Berlin nicht gelockert werden, sondern daß sie gestrafft werden!

Der Bundestag tritt am Freitag zusammen. Das ist keinen Tag zu früh! Ich werde nach Bonn fahren am Freitagmorgen und als Mitglied des Bundesrats meine Stimme erheben für die Menschen in beiden Teilen Berlins. Und auch für die Landsleute in der Zone! Meiner Meinung nach wäre es noch besser gewesen, wenn der Bundestag in Berlin zusammengetreten wäre! Die Vorsicht, den Bundestag seit Jahr und Tag nicht nach Berlin einzuberufen, hat sich, was wir vorausgesagt haben, ohnehin nicht bezahlt gemacht! Die andere Seite ist dadurch nicht zur Mäßigung angehalten worden, sondern ihr Appetit ist gesteigert worden. Eine Reihe von westdeutschen Städten haben in diesen Tagen mit erfrischender Spontanität zu großen Kundgebungen der Verbundenheit aufgerufen. Das ist gut, denn jeder in Westdeutschland muß sich darüber im klaren sein, daß ihn unmittelbar mitangeht, was aus dieser Krise wird.

Wir haben unsere Landsleute zur Solidarität aufgerufen. Zu solcher Solidarität gehört, daß keiner aus der Bundesrepublik und aus West-Berlin an kulturellen, an sportlichen oder anderen Veranstaltungen des Zonenregimes teilnimmt. Das

sollte auch für die Leipziger Messe gelten. Wer mit den Kerkermeistern unseres Volkes in dieser Situation auf der Messe noch Geschäfte machen will, der soll gleich dort bleiben. Wir wollen ihn nicht mehr sehen. Es wäre, meiner Meinung nach, nicht zu verstehen, wenn in dieser Situation über das deutsch-sowjetische Kulturabkommen weiterverhandelt würde.

Wir haben der Bundesregierung schon bei früherer Gelegenheit gesagt, und ich wiederhole es heute: Da die Bundesrepublik durch Vertrag mit den Westmächten die völkerrechtliche Vertretung des Landes Berlin übernommen hat, darf es von ihr kein internationales Abkommen auf nichtmilitärischen Gebieten geben, ohne daß die Interessen des freiheitlichen Berlin gesichert sind.

Der ungeheuerliche Rechtsbruch des vergangenen Sonntag kann auf den Charakter der deutsch-sowjetischen Beziehungen, der Beziehungen zwischen Bonn und Moskau, ohnehin nicht ohne Einfluß bleiben. Ich habe unsere Landsleute zur Solidarität aufgerufen, aber niemand kann von den Bürgern mehr verlangen als von den Trägern staatlicher Verantwortung. Ich wische persönliche Auseinandersetzungen der letzten Tage weg, wenn ich als Regierender Bürgermeister von Berlin und allein in dieser Eigenschaft sage, daß ich mich aufrichtig freuen würde, wenn der Bundeskanzler möglichst bald nach Berlin käme. Der deutsche Regierungschef sollte sich in dieser Stadt, in dieser veränderten Lage seit dem Sonntag, in dieser Stadt, in der sich das Schicksal unseres Volkes entscheidet, selbst ansehen, was sich jetzt hier abspielt, all die Tragödien, und von den Menschen erfahren, was sie denken und was sie wollen.

Wegen einer Reihe von Maßnahmen haben wir uns an die drei alliierten Schutz-mächte gewandt, die die Träger der obersten Gewalt sind. Wir haben die Frage gestellt, was mit dem S-Bahnbetrieb werden soll.

Nachdem die andere Seite die Viermächtevereinbarungen zerfetzt hat, kann es doch wohl nicht bei der Vereinbarung von 1945 bleiben, daß der S-Bahnbetrieb in ganz Berlin, d. h. auch für West-Berlin, unter östlicher Verwaltung bleibt. Es ist unzumutbar, daß die Westgeldeinnahmen der S-Bahn für den Einkauf des Stacheldrahts verwendet werden, des Stacheldrahts, durch den man die Familien in den beiden Teilen unserer Stadt voneinander trennt. Die Kommandanten haben mir soeben mitgeteilt, daß sie für diese Gesichtspunkte volles Verständnis haben und morgen bereit sind, diese Fragen in den Einzelheiten mit uns zu erörtern. Wir haben die Alliierten weiter darauf hingewiesen, daß die Grundlage

für den Lohnumtausch entfallen ist, nachdem das Ulbricht-Regime es den Grenzgängern drüben verboten hat, bei uns zu arbeiten. Wir denken doch gar nicht daran, aus Westberliner Steuermitteln Beträge für diejenigen aufzubringen, die bei sowjetischen Behörden oder Theatern tätig sind. Ich habe soeben auch dafür das Einverständnis der Schutzmächte mitgeteilt bekommen, das bedeutet: Der Lohnumtausch wird abgeschafft.

Ich begrüße es, daß die Kollegen Drucker es abgelehnt haben, weiterhin an der Herstellung jenes Hetzorgans mitzuwirken, das unter dem empörend verlogenen Namen „Wahrheit“ herausgegeben wird. Es ist auch nicht einzusehen, warum beispielsweise die Berichterstatter von ADN und des Zonenrundfunks bei uns Vorrechte genießen sollen, um dann ihr Gift der Verhetzung und der Zersetzung gegen uns zu verspritzen. Wir wollen nicht unseren Feinden helfen.

Ganz allgemein muß ich auf folgendes aufmerksam machen. Eine Sache ist es, daß die Alliierten die Sowjets des Bruchs der Viermächtevereinbarungen über Berlin anklagen und, völlig zu Recht, die Rückgängigmachung der widerrechtlichen Maßnahmen verlangen. Eine andere Sache ist es, daß die von der sowjetischen Seite zerfetzten Viermächtevereinbarungen über Berlin nun nicht zum Maßstab dessen gemacht werden dürfen, was in Berlin, in West-Berlin, möglich und erforderlich ist. Wir müssen uns von dem leiten lassen, was den Interessen des freien Berlin und der für unsere Sicherheit verantwortlichen Schutzmächte dienlich ist. Was uns selbst angeht, so werden wir eine Reihe hochgestellter ausländischer Beobachter aus allen Teilen der Welt unverzüglich nach Berlin bringen, damit sie sich durch eigenes Erleben ein Bild von den empörenden Verhältnissen machen. Wir haben gestern mit kompetenten Persönlichkeiten von draußen darüber beraten, was geschehen muß und geschehen kann, um eine breite Aufklärungskampagne in der ganzen Welt durchzuführen. Der Senat ist nicht untätig gewesen. Wir können heute den Berlinern sagen, was von uns aus geschehen ist, was geschehen konnte, und daß wir auch weiterhin wach sein und jede gebotene Initiative ergreifen werden. Ich halte es beispielsweise in dieser Situation nicht nur für erwägenswert, sondern für richtig und für nötig, daß vor dem Weltforum der Vereinten Nationen Anklage erhoben wird, Anklage erhoben wird gegen die Urheber jener Unmenschlichkeit, die sich auf dem Boden Berlins und auf dem Boden des Ulbricht-Staates vollzieht. Dabei geht es hier nicht um die Rechte der Westmächte, sondern es geht darum, daß die Menschenrechte wiederhergestellt werden. Wir,

die Berliner, haben heute auch noch ein weiteres Wort unseren Schutzmächten zu sagen. Ich knüpfe damit an unseren unvergessenen Ernst Reuter an, der in einer ernsten Situation unseren Freunden gesagt hat: „Die Berliner werden nicht weich in den Knien, sie kennen ihre Verantwortung, und sie sind entschlossen, ihren Weg in Festigkeit zu gehen und nicht schwach zu werden.“ Was sich am Sonntag ereignet hat, das ist – ich sage es noch einmal – ein Anschlag auf die Moral des deutschen Volkes. Es ist keine unmittelbare Bedrohung West-Berlins. Die Sowjets sind klug genug zu wissen, daß ein Angriff auf das Gebiet von West-Berlin und seine Verbindungswege der unmittelbare Anschlag auf den Frieden der Welt ist. Ich kann hier sagen, daß die Garantien für West-Berlin und die Freiheit unserer Menschen und die Anwesenheit der Truppen ohne jede Einschränkung gelten. Aber nicht darum geht es jetzt.

Es geht jetzt um etwas anderes. Die Ereignisse der letzten Tage haben bewiesen, daß die sowjetische Herausforderung des Westens nicht zurückgenommen wird. Sie haben bewiesen, daß friedliche Koexistenz nur ein anderes Wort ist für eine Kraftprobe, der man nur ausweichen kann, wenn man kapituliert. Diese Stadt Berlin wünscht den Frieden, aber sie kapituliert nicht.

Es kann keine Stadt in der Welt geben, die den Frieden und die Ruhe und die Sicherheit mehr wünscht, als Berlin. Aber noch niemals ist der Friede durch Schwäche gerettet worden.

Es gibt einen Punkt, an dem man bekennen muß, daß man keinen Schritt mehr zurückweicht. Dieser Punkt ist erreicht. Ich sage noch einmal, es geht hier nicht um West-Berlin. Es geht hier darum, daß dem ganzen Westen eine entscheidende Niederlage beigebracht werden soll. Ich habe Verständnis dafür, daß die Lage eine gründliche Prüfung erfordert, denn hier werden Weichen gestellt. Aber ich sage auch, leider muß ich es sagen, daß der Friede seit dem vergangenen Sonntag unsicherer geworden ist. Was sich in den letzten drei Tagen hier abgespielt hat, das ist, auf einem kleinen Platz, aber nicht weniger bedeutsam, eine neue Auflage der Besetzung des Rheinlandes durch Hitler. Nur heißt der Mann heute Ulbricht.

In den vor uns liegenden Wochen und Monaten wird es darum gehen, daß Berlin nicht ein neues München wird. Man muß sich, meine Freunde, das sogenannte „Neue Deutschland“ von gestern und heute ansehen, den Ton des Hohnes, den

Ton des Triumphes, den Ton des Prahlers mit der funktionierenden Militärmaschinerie. Wir kennen diese Töne aus dem Tausendjährigen Reich. Und wir wissen, daß ein Teilerfolg einer Diktatur diese Diktatur nur hungriger und hemmungsloser macht. Nachgeben und Beschwichtigen sind nur die Einladung zu neuen Übergriffen.

Es kommt jetzt alles darauf an, daß unsere Freunde im vollen Umfang erkennen, daß es auch um ihre Haut geht, daß es auch um ihre Glaubwürdigkeit und um ihr Prestige geht. Und sie sollen wissen, daß die Berliner bei jeder Aktion der Festigkeit, der Entschlossenheit neben ihnen stehen werden.

Wir fürchten uns nicht. Ich habe heute dem Präsidenten der USA, John Kennedy, in einem persönlichen Brief in aller Offenheit meine und, wie ich glaube, unsere Meinung gesagt. Berlin erwartet mehr als Worte, Berlin erwartet politische Aktionen.

Wir rufen die Völker der Welt, wir rufen ihre Repräsentanten auf, hierher nach Berlin zu sehen, wo die blutende Wunde eines Volkes verkrustet werden soll durch Stacheldraht und genagelte Stiefel. Hier ist die Wirklichkeit und die akute Brutalität eines Systems zu sehen, das den Menschen das Paradies auf Erden versprochen hat und das die Flucht der Menschen aus jenem Paradies erstickt in einem Massenaufgebot von Truppen. Die Moral der Welt wird so viel wert sein, wie die Moral in Berlin wert ist.

Das Selbstbestimmungsrecht wird nirgendwo auf der Welt ungefährdet sein, solange das Selbstbestimmungsrecht diesem unserem Volk verweigert wird. Wir werden nicht müde werden, dieses Recht auch für uns zu verlangen und für es zu kämpfen, bis wir es erreicht haben. Dieser Kampf ist sehr viel schwerer geworden. Aber die Konsequenz ist, ihn nicht aufzugeben, sondern ihn entschlossener und mit größerem Einsatz zu führen. Mit großem Nachdruck und in allem Ernst muß ich der Meinung entgegentreten, daß die alliierten Garantien für Berlin nicht mehr ernst gemeint oder daß sie geschwächt seien. Das ist bei allem, was geschehen ist, nicht der Fall. Die westlichen Garantien für West-Berlin, so wie sie vertraglich und in feierlichen Erklärungen niedergelegt sind, haben sich bewährt. Ohne sie würden wir heute hier nicht stehen, ohne sie wären die Panzer weitergerollt.

Wir mögen noch so enttäuscht sein darüber, daß die Alliierten ihre Rechte in bezug auf ganz Berlin und ihre Mitverantwortung nicht geltend machen oder geltend machen können und daß die Reaktionen auf den bösen Rechtsbruch des vergangenen Sonntag so lange haben auf sich warten lassen. Aber wir müssen uns daran erinnern, daß die alliierten Garantien abgegeben worden sind für die Anwesenheit alliierter Truppen in West-Berlin, für die Freiheit der Bevölkerung in diesem Teil der Stadt und für den freien Zugang zu unserer Stadt. Die Westmächte wissen – und sie müssen wissen, daß es hier nicht nur um das Schicksal von West-Berlin geht, sondern daß es hier auch um ihre Glaubwürdigkeit und ihre Weltgeltung geht.

Präsident Kennedy hat unmißverständlich zu erkennen gegeben, daß er West-Berlin nicht im Stich lassen wird. Die Regierungschefs Englands und Frankreichs haben das gleiche erklärt und davon werden sie gewiß keine Silbe zurücknehmen.

Wir Berliner haben wieder einmal eine besondere Bewährung vor uns. Wir haben es sehr viel leichter als die Mitbürger im anderen Teil der Stadt. Unsere Freiheit ist nicht unmittelbar bedroht. Wir können leben, wie wir es gewohnt sind. Wir brauchten keine Unruhe zu haben, wir könnten so tun, als ob nichts geschehen wäre. Unsere Verbindungswege funktionieren, unser Wirtschaftsleben funktioniert. Die Truppen unserer Verbündeten bleiben und dennoch, und dennoch werden wir uns jetzt besonders zu bewähren haben. Wir werden viel mehr als je zuvor die mahnende Stimme des Gewissens für unser Volk und des Gewissens für die Ideale, für die wir alle einstehen, zu erheben haben. Auf uns schaut unser ganzes Volk aus Ost und West, aber noch mehr, diese machtvolle Kundgebung wird nicht nur übertragen vom Deutschen Fernsehen, sondern zugleich von 13 ausländischen Gesellschaften. Auf uns schaut Europa und die ganze Welt. Wir haben uns alle so zu verhalten, daß nicht die Feinde sich freuen und die Landsleute verzweifeln, wir haben mehr denn je zusammenzurücken und zusammenzustehen. Wir haben uns würdig zu erweisen den Idealen, die in der Freiheitsglocke über unseren Häuptern symbolisiert sind.

Wir haben in Ruhe, aber auch in Entschlossenheit und mit festem Willen einzustehen für das ganze Deutschland, für Einigkeit und Recht auf Freiheit.